13 / 2012 www.sabine-baetzing.de 27.04.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
die verkrachte Regierung hat in dieser Woche endlich im Kabinett die Demografiestrategie beschlossen. Lange wurde sie nur angekündigt und immer wieder verschoben. Nun liegt sie uns vor und sieht auf den ersten Blick auch gar nicht so falsch aus. Aber wenn man sie sich genauer anschaut, stellt man Widersprüche am laufenden Band fest. So beschreibt die Bundesregierung richtige und wichtige Ziele zu Gestaltung des demografischen Wandels wie etwa die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, die „Fachkräftesicherung“, die „Stärkung von Bildung“, die „Integration“ oder die „Chancengleichheit“ – da stellt sich einem nur die Frage wie dies zur aktuellen Politik, zum Beispiel zu ihrem „Betreuungsgeld passt. Gar nicht!
Wir sind in der Fraktion besser aufgestellt mit unserer Arbeitsgruppe und unserem Zukunftsdialog zum „Miteinander der Generationen“ – schaut mal unter www.zukunftsdialog.spdfraktion.de
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Europa – Politische Zeitenwende liegt in der Luft!

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich hat das Land den Wechsel gewählt. Der sozialistische Kandidat Francois Hollande hat die meisten Stimmen auf sich vereinen können. Die Chancen stehen gut, dass er aus der Stichwahl am 6. Mai als Sieger hervorgeht. Ein Machtwechsel in Frankreich hat Rückwirkungen auf Europa.
Der konservative Kurs, der die Europäische Währungsunion in die Rezession und die Krisenstaaten in die Schuldenspirale getrieben hat, kann gebrochen werden. Damit verbessert sich die Ausgangslage, um einen Strategiewechsel zu Investitionsimpulsen in die Realwirtschaft einzuleiten, die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und durch neue wirtschaftliche Dynamik auch tragfähige Staatsfinanzen zu gewährleisten. Das ist gut für Europa, und es ist gut für Deutschland, das in hohem Maße vom Schicksal der Nachbarn abhängt. Die ungelösten Probleme Spaniens und zuletzt das Zerbrechen der Regierung in den Niederlanden sind Zeichen dafür, dass Europa nach wie vor in einer schweren Krise steckt.
Das starke Abschneiden des rechtsnationalistischen Front National bei den französischen Wahlen zeigt zudem, dass das Spiel mit nationalen Vorurteilen und Schuldzuweisungen Wasser auf die Mühlen der Extremisten ist und die europäische Idee zerrüttet.
Wir brauchen in Europa einen Neuanfang von Mut und Hoffnung. Er kann von Frankreich und Deutschland ausgehen.
Der vorliegende Entwurf eines Fiskalpaktes reicht nicht aus. Wir müssen und wir werden ihn ergänzen um ein Programm, das Europas Qualitäten als Vorreiter eines nachhaltigen Wachstumsmodells stärkt. Wir müssen und wir werden zu einer gerechteren Besteuerung und Regulierung der Finanzbranche kommen, um zu verhindern, dass die Staaten am Gängelband der Kapitalmärkte immer weiter in die Verschuldung geraten. Ich glaube, dass diese politische Zeitenwende in der Luft liegt und in den vor uns liegenden Wahlen Gestalt annehmen wird.

Familien

Betreuungsgeld – Das Chaos nimmt kein Ende!

Beim Betreuungsgeld dreht die Koalition eine schwindelerregende Kapriole nach der anderen: Jetzt will sie mit höheren Rentenansprüchen für Eltern das Ende des Dauerstreits um die Fernhalteprämie erkaufen. Das ist verantwortungslos.

Denn das falsche Betreuungsgeld wird nicht dadurch richtig, dass man ihm eine zweite Leistung zur Seite stellt. Es ist und bleibt ein bildungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitischer Holzweg.

Die Kosten für die höheren Rentenansprüche sind völlig unklar, jedes seriöses Finanzierungskonzept fehlt. Klar ist nur, dass damit der Schuldenberg, den auch Familien abtragen müssen, weiter anwächst.

Falsch ist aber vor allem, dass damit dem Ausbau von Kitas und Ganztagsschulen weiter das Wasser abgegraben wird. Denn die zusätzlichen Rentenmilliarden erschweren jedes weitere Engagement für bessere Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Seriöse und zukunftsweisende Politik sieht anders aus.
Nun müssen wir erfahren, dass auch Menschen, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind keine Anerkennung für die Erziehungsleistung verdienen.
Frau Merkel spaltet damit die Gesellschaft ein weiteres Mal: Sie treibt den Keil zwischen diejenigen, die für ihre Kinder öffentliche Betreuung in Anspruch nehmen, und solche, die ihr Kind rein familiär betreuen. Und sie treibt einen Keil zwischen "Oben und Unten". Mit dem Ausschluss von SGB-Beziehern schürt sie bewusst Vorurteile gegen Menschen, die aufgrund längerer Arbeitslosigkeit auf Unterstützung angewiesen sind. Und all diese Absurditäten nur, damit die CSU befriedet wird. Das ist verantwortungslos und höchstwahrscheinlich nicht verfassungskonform. Wenn diese Koalition so unverantwortlich ist, das Betreuungsgeld - trotz massiver Widerstände aus allen gesellschaftlichen Bereichen - tatsächlich einzuführen, wird der Unsinn spätestens in Karlsruhe gestoppt.

Sabines Woche Infoservice

Umwelt

Gorleben – Röttgen muss den Bundestag beteiligen!

Nach dem Spitzengespräch zur Endlagersuche darf ein entscheidender Fakt nicht vergessen werden: Der Deutsche Bundestag und eigentliche Gesetzgeber ist am Gesetzgebungsverfahren bisher nicht beteiligt. Der einzige Bundestagsabgeordnete, der an allen sogenannten Konsensgesprächen zur Endlagersuche teilgenommen hat, war Bundesumweltminister Norbert Röttgen. Öffentlich postuliert der Minister einen "nationalen Konsens zwischen Bund und Ländern, Staat und Gesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern" - im eigentlichen Verfahren lässt er aber den Gesetzgeber außen vor. Das ist nicht akzeptabel.

Die Endlagersuche in Deutschland braucht ein transparentes und "sauberes" Verfahren - nicht nur eine rhetorische Kulisse. Wenn Umweltminister Röttgen eine Einigung bis zum Sommer erreichen will, muss er jetzt umgehend den Deutschen Bundestag beteiligen. Inhaltlich gibt es weiterhin erhebliche Bedenken:

Im Gesetz darf es keine Vorfestlegung auf Gorleben geben, auch nicht durch die Hintertür. Das Endlagersuchgesetz darf kein Gorleben-Findungsgesetz werden.

Ein weiterer Kritikpunkt ist aus unserer Sicht die irrtümliche Idee eines zusätzlichen Bundesinstituts zur Endlagersuche. Denn Fakt ist: Durch ein rechtlich unabhängiges Bundesinstitut will sich die Bundesregierung von ihrer fachlichen und politischen Verantwortung für das Standortauswahlverfahren befreien. Röttgens Bundesinstitut soll eine Schlüsselstellung als Vorbereiter und Entscheider erhalten und kann aufgrund seiner unabhängigen Stellung weder vom Bundesumweltministerium noch vom Deutschen Bundestag kontrolliert werden. Damit fehlt jegliche demokratische Kontrolle.

Das ist für uns nicht akzeptabel. Das Thema Endlagersuche steht auf der politischen Tagesordnung. Aber es muss eine transparente Suche ohne Vorfestlegung werden - mit Beteiligung des Deutschen Bundestages.

Finanzen

Guthabenkonto – Vorschlag der Koalition greift zu kurz!

Die große Mehrheit der Experten unterstützt die Forderung unserer Fraktion nach einer gesetzlichen Verpflichtung der Kreditinstitute, endlich jedermann auf Wunsch ein Guthabenkonto zur Verfügung zu stellen. Das bestätigte auch die öffentliche Anhörung. Auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Bundesagentur für Arbeit befürworten ein solches Einschreiten des Gesetzgebers.

Im Interesse der Betroffenen können wir es uns nicht leisten, eine europäische Regulierung abzuwarten, wie es die Regierungskoalition plant. Die Sachverständigen bestätigten, dass eine nationale Lösung schnell und effektiv helfen würde. Deutschland muss jetzt national mit einer klaren gesetzlichen Regelung vorangehen. Dass die Selbstregulierung der Branche gescheitert ist, erkennt nun selbst die schwarz-gelbe Koalition. Ihr Vorschlag, die Institute zu verpflichten, abgewiesene Kunden über das Schlichtungsverfahren zu informieren, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Dennoch greift er zu kurz: Zu vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern würde weiterhin ein Girokonto verweigert, zu viele müssten auf die Schlichtung hoffen. Auch die Bundesregierung schätzt, dass hundertausende Menschen in Deutschland unfreiwillig über kein Girokonto verfügen. Dabei setzt die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben den Zugang zu den wichtigsten Finanzdienstleistungen voraus. Ohne Girokonto können Menschen nur schwer eine Wohnung finden, wichtige Verträge schließen oder staatliche Leistungen erhalten.

Ratingagenturen – Europäische Lösung gesucht!

Schäuble torpediert eine europäische Lösung für das Problem der Ratingagenturen. Statt tatkräftig an den europaweiten Bemühungen mitzuwirken, sich aus der Abhängigkeit der angelsächsisch geprägten Ratingagenturen zu befreien, verweigert er sich komplett. Dabei geht es nicht um eine staatliche Einrichtung, für die Herr Schäuble zurecht kein Geld ausgeben will, sondern um eine unabhängige, staatsferne Agentur, die den europäischen Kontext kennt und würdigen kann.

Die angelsächsisch geprägten Ratingagenturen haben in den vergangenen Monaten oft genug gezeigt, dass es ihnen an Verständnis für die europäischen Zusammenhänge erheblich mangelt und dadurch ihre Bewertungen und Einschätzungen oft genug falsch waren. Offensichtlich wartet auch Schäuble nur noch sehnsüchtig auf das Ende dieser Regierung. Von allen Vorhaben, die auch nur ansatzweise kompliziert aussehen wie das Problem der Mehrwertsteuersätze oder der Ratingagenturen, verabschiedet er sich von vorneherein. Er weiß, dass mit dieser schwarz-gelben Koalition kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist.

In eigener Sache

Sabines Galerie-Treff – Neues Angebot in Hamm/Sieg!

Am Samstag, dem 28.4.2012 um 10.30 Uhr fällt der Startschuss. In der Scheidter Straße 3 wird gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Sabines Galerie-Treff in Hamm/Sieg eröffnet. Mit etwas Musik und Unterhaltung soll auf das neue Angebot aufmerksam gemacht werden. Die Künstlerin Petra Moser, die dort eine Galerie hat, ermöglicht uns, jeden Montag von 12.00-17.00 Uhr für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein.

Zusätzlich wird der SPD-Ortsverein Hamm die Galerie nutzen und ich werde dort auch Bürgersprechstunden anbieten. Termine dazu kann man wie gewohnt bei Gaby Wirtz in Puderbach vereinbaren.

Zur Eröffnung seid ihr herzlich eingeladen.

Ich freue mich, Euch zu sehen!

Bonbon

„Die Situation der FDP erinnert an den Untergang der Titanic. Die Kapelle spielt noch. Aber alle wissen, das wird nichts mehr."

(Thomas Oppermann, SPD)

Termine

28.04.12	**10.30 Uhr**	**Eröffnung Sabines Galerie-Treff in Hamm/Sieg**
01.05.12	**11.00 Uhr**	**1.-Mai-Empfang, DGB Kulturwerk Wissen**
02.05.12	**09.00 Uhr**	**HTS-Baustelle, Eiserfeld**
	10.30 Uhr	**Infogespräch Truppenübungsplatz Emmerzhausen**
	15.00 Uhr	**IGBCE-Senioren, AWO Haus Bad Hönningen**
	18.00 Uhr	**Veranstaltung Demografischer Wandel, SPD Hachenburg**